

Antrag der Fraktion der CDU

Eine Hightech-Strategie für Bremen – Innovationen vorantreiben, Technologietransfer fördern

Eine erfolgreiche Innovationspolitik ist ein wichtiger Schlüssel für Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in einer Region. Studien der OECD belegen, dass unter den wirtschaftlich hoch entwickelten Regionen diejenigen besonders erfolgreich sind, die über ein leistungsfähiges Innovationssystem verfügen (siehe z. B. "Reviews of Regional Innovation: Regions and Innovation Policy", OECD 2011 sowie "Promoting Growth in All Regions, Lessons from across the OECD", OECD 2012). Neue, innovative Produkte und Verfahren treiben den technologischen Fortschritt voran. Dieser steigert die Produktivität und damit die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Volkswirtschaft insgesamt. Innovationspolitik gehört daher ins Zentrum der Wirtschaftspolitik. Da Innovationen immer mit Unsicherheit verbunden sind, muss Politik auch bereit sein zu experimentieren und zu lernen.

Die Strategiepapiere des Senats (Masterplan Industrie, Innovationsprogramm 2020, Clusterstrategie 2020) genügen nicht den Anforderungen einer modernen Innovationspolitik. Sie bewegen sich in der Gegenwart und Vergangenheit, ohne aufzuzeigen, wo der Senat die Innovationspotenziale der Zukunft sieht. Zur Identifizierung neuer Trends und Themenstellungen fehlt es im Land Bremen an einer geeigneten Struktur. Die Papiere des Senats lassen innovative Ideen, nachprüfbar Ziele, konkrete Strategien und Maßnahmen vermissen.

Die Grundlagen (Erfindungen) für technische Innovationen werden häufig in Wissenschaft und Forschung gelegt. Die Schwierigkeit besteht meist darin, diese in marktfähige Produkte zu überführen. Dieser sogenannte Technologietransfer kann über Industrieunternehmen, Unternehmensgründungen und -ausgründungen aus wissenschaftlichen Einrichtungen erfolgen. Daher ist die Vernetzung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sowie die Förderung von technologieintensiven Unternehmensgründungen von großer Bedeutung. Junge, technologieintensive Unternehmen haben es wegen der höheren Risiken oft schwer, einen Bankkredit zu bekommen und sind auf Wagniskapital angewiesen. Bei der Bereitstellung von Wagniskapital gibt es im Land Bremen noch erheblichen Verbesserungsbedarf.

In Bremen fehlt es an einer starken Gründerszene. Bei den Private-Equity-Investitionen gehört das Land im bundesdeutschen Vergleich zu den Schlusslichtern. Zudem zeigt

der „Gründungsradar“ des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, dass die bremischen Hochschulen in der Gründungsförderung noch Defizite haben. Patente und Normen sind weitere Instrumente, um neue Forschungserkenntnisse in marktfähige Produkte umzusetzen. Bei den Patentanmeldungen in Relation zur Einwohnerzahl liegt Bremen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Die Vermarktung der Patente gestaltet sich oft schwierig. All diese Probleme gilt es anzupacken.

Auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und das Bremische Handwerk ist Technologietransfer aufgrund der geringen eigenen Forschungspotenziale und der begrenzten Finanzkraft wichtig. Hierfür sind spezielle Instrumente nötig. Eine Schlüsselrolle spielen hierbei die Technologietransfereinrichtungen (Transferstelle UniTransfer, InnoWi GmbH, Beauftragter für Innovation und Technologie im Handwerk) sowie die Innovations- und Gründerzentren im Land Bremen. Darüber hinaus soll eine regionale FuE- und Technologietransferplattform – z. B. als Bestandteil der Seite www.home-of-innovation.de – bremischen KMU dabei helfen, eigenständige FuE-Aktivitäten zu betreiben und sich zu vernetzen. Auch das Know How des Technologietransferzentrums an der Hochschule Bremerhaven (ttz) kann für KMU noch effektiver genutzt werden. Bremische KMU werden von der Forschungs- und Innovationsförderung des Landes Bremen kaum erreicht. Die Förderzahlen in den entsprechenden Programmen (FEI, PFAU, AUF) gehen seit Jahren zurück. Die Forschungs- und Innovationsförderung des Landes Bremen muss daher neu aufgestellt werden.

Das enge Zusammenwirken von innovativen und forschungsstarken Unternehmen, Hochschulen, universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen trägt zur Stärke des Forschungs- und Technologiestandorts Bremen/Bremerhaven bei. Diese spiegelt sich besonders in den Innovationsclustern Luft- und Raumfahrt, maritime Wirtschaft und Windenergie wieder. In diesen Bereichen gehört das Land Bremen zu den Technologieführern. Ziel muss es sein, Forschungskraft, Vernetzung und Wissenstransfer auch in weiteren bremischen Kompetenzfeldern (z. B. in der Automobilwirtschaft, der Energie- und Umweltwirtschaft, der Nahrungsmittelindustrie, der Robotik und der Entwicklung neuer Materialien) auszubauen. Professionelle Cluster- und Netzwerkmanagements spielen dabei eine Schlüsselrolle. Die bremischen Cluster- und Netzwerkmanagements müssen sich noch stärker an den Bedürfnissen des regionalen Mittelstands ausrichten.

Für eine erfolgreiche Innovationspolitik ist es notwendig, neue technologische und gesellschaftliche Trends zu identifizieren und darauf zu reagieren. Dazu ist ein kontinuierlicher Dialog mit Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft notwendig. Aufgabe muss es sein, aufbauend auf diesen Erkenntnissen eine Hightech-Strategie für das Land Bremen zu entwickeln, die darauf abzielt, die Forschungsintensität, Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Wirtschaft, insbesondere der KMU und des Handwerks, zu erhöhen sowie den Wissenstransfer weiter zu verbessern.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, zusammen mit Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft eine politikfeldübergreifende Hightech-Strategie für das Land Bremen zu entwickeln, die die Prioritäten für die bremische

Innovations- und Technologiepolitik benennt, Strategien und Maßnahmen entwickelt und nachprüfbare Erfolgsindikatoren definiert.:

Dabei sollen bis 2020 folgende „Meilensteine“ erreicht werden:

- a) Dauerhafte Investition von mind. 3 Prozent des bremischen BIP in Forschung und Entwicklung gemäß dem Ziel der Lissabon-Strategie;
 - b) Erhöhung des Anteils der Beschäftigten in forschungsintensiven Branchen im Land Bremen auf 30 Prozent.
2. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen dieser Hightech-Strategie u. a. folgende Maßnahmen vorzusehen:
- a) Neuausrichtung der bremischen Forschungs- und Innovationsförderung: Ermöglichung von Zuschussförderungen auch außerhalb der Innovationscluster und Wiedereinführung des bremischen Innovationsassistentenprogramms, um die Zusammenarbeit zwischen KMU und Forschungseinrichtungen zu unterstützen;
 - b) Optimierung der Seite www.home-of-innovation.de und Integration einer regionalen FuE- und Technologietransferplattform; Aufbau von Zulieferer- und Projektplattformen in den drei Innovationsclustern;
 - c) Ausbau bestehender und Aufbau weiterer Cluster- und Netzwerkmanagements in der Ernährungswirtschaft, der Robotik, und der Entwicklung neuer Materialien unter Verwendung von Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW);
 - d) Sicherstellung einer verlässlichen Grundfinanzierung der Technologietransfer-Einrichtungen im Land Bremen;
 - e) Auflage eines Patentverwertungsfonds, mit dem die Patentverwertung und -vermarktung sowie Ausgründungen gefördert werden;
 - f) Stärkung der InnoWi GmbH als öffentlicher Patentverwertungsgesellschaft über ergänzende Angebote bei der Beschaffung von Wagniskapital und der Ausarbeitung von Businessmodellen;
 - g) Verstärkung der Wagniskapitalfinanzierung durch die Bremer Aufbau-Bank insbesondere im Bereich der Frühphasenfinanzierung; Aufbau einer regionalen Crowdfunding Plattform; stärkere Vernetzung des Landes Bremen mit überregionalen Kapitalgebern;
 - h) Konzentration und Optimierung der Strukturen in der Existenzgründungsberatung, um die Transparenz für Gründungswillige zu erhöhen;
 - i) Einstellung von „Ideen Scouts“ aus der Wirtschaft an den Hochschulen, die dabei helfen, Erfindungen wirtschaftlich zu verwerten;
 - j) Verankerung der Gründungsförderung an den bremischen Hochschulen in den Zielvereinbarungen mit den Lehrstuhlinhabern und Berücksichtigung der Transferaktivitäten bei der Grundfinanzierung der Hochschulen;

- k) stärkere Kooperationen zwischen Schulen und Wirtschaft/Wissenschaft, z. B. durch Besuche von Schulklassen und die Vermittlung von Praktika in Forschungseinrichtungen und Unternehmen.
- 3. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung und bessere steuerliche Rahmenbedingungen für außerbörsliches Eigenkapital ("Private Equity") einzusetzen.
- 4. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, die Zielerreichung bei der Umsetzung der Hightech-Strategie regelmäßig zu überprüfen und zu evaluieren sowie ggf. notwendige Anpassungen vorzunehmen.

Jörg Kastendiek, Susanne Grobien, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU